

Bernhard Schmid
Algerien. Frontstaat im globalen Krieg?

Januar 2005

ISBN 3-89771-019-6

Dossier Teil 4, PDF.Zukunft_des_Islamismus
<http://unrast-verlag.de/unrast,2,139,4.html>

© UNRAST-Verlag, Münster
Postfach 8020, 48043 Münster – Tel. (0251) 66 62 93
www.unrast-verlag.de



Welche Zukunft hat der Islamismus in Algerien?

Heute lässt sich nicht genau sagen, welche gesellschaftliche Verankerung eine radikal-islamistische Bewegung in Algerien derzeit aufweisen könnte, die ungestört, also auf legale, offene Weise arbeiten und gleichzeitig die Staatsmacht herausfordern würde. Auf der einen Seite ist zweifellos mit einem Rückgang der Sympathien gegenüber der Hochphase des FIS (*Front islamique du salut*, Islamische Rettungsfront) in den Jahren von 1989 bis 1992 zu rechnen: Die auf die Partei gesetzten Hoffnungen wurden oftmals auf brutale Weise enttäuscht. Sei es, dass bestimmte FIS-Aktivisten in ihren ehemaligen Quartieren im Laufe der neunziger Jahre als Urheber von Morden und Massakern an «gewöhnlichen» Leuten erkannt worden sind – oder sei es auch nur «nur» die Erkenntnis, dass das Regime und seine Staatsmacht sich letztendlich gegenüber dem einstigen Hoffnungsträger als stärker, als übermächtig erwiesen haben.

Seit 1999 kam es immer wieder zu Gerüchten bezüglich einer möglichen Neuzulassung des FIS, oder einer Nachfolgeorganisation unter eventuell abgeändertem Namen, als gesetzliche Partei. Begleitet war das Auftauchen solcher Informationen mutmaßlich von angespannten Verhandlungen hinter den Kulissen über die Bedingungen einer solchen Wiedezulassung: Eine auf rein religiöse Propaganda oder ausschließlich auf die «Moralisierung» der Gesellschaft hin ausgerichtete Neuaufgabe der islamistischen Organisation könnten die Behörden wohl nicht nur tolerieren; sie könnte – als sozial konservativer Faktor – sogar im Interesse des amtierenden Regimes, oder von Teilen von ihm, liegen. Dagegen spricht freilich der Charakter des modernen, radikalen Islamismus als grundsätzlich politische, und eben keinesfalls allein religiöse, Bewegung; ihrer Dynamik liegt zwar keineswegs ein sozial-revolutionärer Impuls, wohl aber der tief sitzende Wunsch nach einem Austausch der bestehenden Eliten zugrunde. Nur werden diese Elite nicht als autoritär und unterdrückerisch denunziert, sondern als korrupt, «unmoralisch» und folglich «gottlos».

Bisher jedenfalls kam es nicht zu einer erneuten Legalisierung des FIS oder einer ähnlich gearteten «Bewegungspartei». Am 2. Juli 2003 erfolg-

te die, von vielen mit Spannung oder auch mit Befürchtungen erwartete, Freilassung von Ali Belhadj und der Aufhebung des Hausarrests gegen Abassi Madani, die beide ihre zwölfjährige Haftstrafe zu Ende verbüßt hatten. Doch auch danach bleibt der verbotene FIS de facto in einem ziemlich lädierten Zustand.

Die ehemaligen FIS-Führer Abassi Madani und Ali Belhadj: Was ist aus ihnen geworden?

Anlässlich der Präsidentschaftswahl am 8. April 2004 rufen einige Kader der Partei oder ehemalige Aktivisten, wie der frühere Sprecher der FIS-Auslandsführung – der im August 2002 entmachtet und für abgesetzt erklärt wurde – Rabah Kébir in Deutschland und der ehemalige AIS-Chef Madani Mezrag, zur Unterstützung der erneuten Kandidatur von Präsident Abdelaziz Boutefliqa auf. Dagegen ruft der FIS-Exilfunktionär Mourad Dhina, von seinem Exil in Genf Europa aus, zum Boykott der Wahlen auf¹.

Der Parteivorsitzende Abassi Madani seinerseits reist zunächst – aus medizinischen Gründen – nach Malaysia aus und hält sich seit Herbst 2003 im Golfstaat Qatar auf. Von dort aus lanciert er eine neue «Friedensinitiative» für Algerien, die jedoch keine offizielle Antwort erhält, und fordert eine Verschiebung der Wahlen vom April 04.

Im September 2004 macht er erneut von sich reden, indem er in der qatarischen Hauptstadt Doha in den Hungerstreik tritt – für die Freilassung zweier französischer Journalisten (Christian Chesnot und Georges Malbrunot) und ihres syrischen Fahrers Mohammed el-Joundi, die durch eine mutmaßliche bewaffnete Islamistengruppe² im Iraq als Geiseln festgehalten werden³. Nach acht Tagen bricht der 73-jährige die Hungerstreikaktion, wegen gesundheitlicher Probleme und auf Anraten der Ärzte hin, wieder ab. Diese Aktion mag auf den ersten Blick überraschen. Durch sie will Abassi Madani vermutlich vor allem politisch-symbolischen Druck innerhalb des (internationalen) islamistischen Spektrums entfalten: Nachdem die ausufernde Gewalt islamistischer Splittergruppen wie der GIA, deren Kontrolle dem FIS entglitten war, die Islamisten im algerischen Bürgerkrieg um jegliche Siegeschancen gebracht hatte, soll jetzt verhindert werden, dass die Explosion unkontrollierter Gewalt im Iraq zu ähnlichen Ergebnissen führt. Darüber hin-

aus handelt es sich möglicherweise um den Versuch, den Großmächten den eigenen Charakter als potentielle «verantwortungsvolle» Gesprächs- oder Verhandlungspartner vor Augen zu führen, und den politischen Islamismus in den westlichen Hauptstädten nicht länger vorwiegend mit Ossama Bin Laden identifiziert zu sehen.

Der ultraradikale Ali Belhadj seinerseits ist, seit seiner Haftentlassung im Juli 2003, als Verkäufer von Petersilie und Koriander auf einem Markt in Bab-el-Oued, einem innerstädtischen Armenquartier von Algier, tätig. Er unterliegt einem politischen Betätigungsverbot bis im Jahr 2008, an das die Polizei ihn im September 2003 erinnert, indem sie ihn für einige Stunden festnimmt; nach ihren Angaben hatte Belhadj Kontakt zu einem ehemaligen Chef bewaffneter Islamisten in der Atlasstadt Médéa, Ali Benhadjar, aufgenommen⁴. Ab und zu macht der ehemalige «Savonarola von Algier» durch Initiativen oder Provokationen von sich reden. Beispielsweise als er, er im Vorfeld der Präsidentschaftswahl vom April 2004, am 18. Februar 04 beim Innenministerium vorstellig wird und versucht, trotz politischen Betätigungsverbots Kandidaturunterlagen abzuholen. Alles in allem bleibt es aber wesentlich stiller um ihn, als manche erhofft und andere Menschen befürchtet hatten.

Rationalisierungsversuche der islamistischen Parteigänger

Bedeutet dies, dass das politische Projekt der (radikalen) Islamisten in Algerien tot und gescheitert sei? Ja und nein. Unzweifelhaft stimmt es, dass die reale Erfahrung mit dem Agieren der – bewaffneten – Islamisten im sozialen Alltag während der neunziger Jahre eine überaus abschreckende Wirkung aus der Bevölkerung hatte. Der Rückgang der Unterstützung für die islamistischen Militanten und die Wende im algerischen Bürgerkrieg gehen zuerst auf diese Ursache zurück. Aus dieser Erfahrung resultiert, wohl noch auf eine längere Sicht und besonders in den von schweren Massakern betroffenen Landesteilen, eine gewachsene generelle Skepsis nicht nur gegenüber islamistischen, sondern allen kollektiven politischen oder sozialen Bewegungen. Dieses Misstrauen trifft nicht nur den radikalen Islamismus, sondern auch andere gesellschaftliche Kräfte und Organisationsformen.

Gleichzeitig ist festzustellen, dass die ehemals ihr Hoffnung auf die Islamisten setzenden Bevölkerungsgruppen zum Teil ihre Wege gefunden haben, mit der subjektiven Erfahrung umzugehen, ohne deswegen ihr Weltbild einstürzen zu lassen. Aus dem tiefen Unglauben, dass religiöse Menschen «so etwas» wie die Massaker anrichten könnten – für viele Gläubige eine wohl kaum zu ertragende Vorstellung – heraus wurden in einem Teil der islamistischen Basis Mittel zur ideologischen Verarbeitung des Geschehenen gefunden.

Während des Massakersommers 1997 etwa liefen in Algerien in Windeseile Gerüchte um, wonach Truppen von wilden Gestalten umherzögen und die Massaker begingen, die sich die Zeigefinger – den Finger, mit dem man auf Gott zeigt – abgeschnitten und die Haare mit Henna rot gefärbt hätten. Man erkenne sie daran, dass sie wilde Flüche gegen Gott ausstießen und *Allah akfâr* (ungefähr: Gott ist der Ungläubigste) statt *Allah akbar* (Gott ist am größten) riefen. Diese Vorstellung, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun hatte, erfüllte die Funktion, die vorhandenen Ängste zu rationalisieren: Nicht Gottes- sondern Teufelswerk seien die Massaker. Deswegen können sie dann subjektiv aber auch kaum noch als das Werk von Islamisten wahrgenommen werden⁵.

Ein weiterer Grund dafür, dass solche Gerüchte – die auch der Unterfütterung der diversen Verschwörungstheorien, die über die Urheberchaft der Massaker im algerischen Bürgerkrieg kursieren, dienen – Nahrung finden, hängt mit einem verbreiteten politischen Ohnmachtsgefühl zusammen. Drei Jahrzehnte einer übermächtigen staatlichen Einheitspartei, in denen die *Sécurité militaire* als politische Polizei erhebliche Vollmachten hatte und hinter zahlreichen Manipulationen steckte, gingen nicht spurlos an den Menschen vorbei: Ungewohnt, dass politische Kämpfe austragen werden, die sich lange Zeit hinter der monolithischen Fassade der Staatspartei abspielten, halten viele Algerier noch heute politische oder gesellschaftliche Konflikte generell für eine bloße Inszenierung. Daraus resultiert eine verbreitete Neigung, entweder *le pouvoir* – die Staatsmacht, die vermeintlich zu allem fähig scheint – hinter allen erdenklichen gesellschaftlichen Erscheinungen stecken zu sehen, oder aber «das Göttliche» respektive «das Böse» als Erklärungshilfe heranzuziehen.

Die Bindungskraft religiöser Welt- und Gesellschaftserklärungen

Religiöse Vorstellungen als solche prägen nach wie vor weite Teile der algerischen Gesellschaft. Daraus können aber noch keine direkten politischen Schlussfolgerungen gezogen werden. Die Tendenz dazu, «im nächsten Schritt» religiöse Erklärungsmuster auch zur Deutung gesellschaftlicher Phänomene und Probleme heranzuziehen, ist ihrerseits Schwankungen unterworfen.

Das war in den letzten Jahren vor allem anhand der verschiedenen Naturkatastrophen zu beobachten, die Algerien heimsuchten – wobei widersprüchliche Feststellungen zu machen sind. Im Vorfeld der auf der Nordhalbkugel zu beobachtenden Sonnenfinsternis vom 11. August 1999 beispielsweise war offenkundig, wie stark irrationale und mit «Gottes Willen» oder «göttlicher Strafe» operierende Erklärungsmuster in Teilen der Bevölkerung noch vorhanden waren – und damals in verantwortungsloser Weise auch durch einen Teil der (Sensations-)Presse unterhalten wurde. Diese Erfahrung lässt sich aber nicht auf alle größeren, einschneidenden Ereignisse der letzten Jahre übertragen.

So wurde am 10. November 2001 Bab el-Oued, ein innerstädtisches Armenviertel in Algier, von einer verheerenden Regenkatastrophe heimgesucht. Dabei rutschten ganze Häuser in Folge der sintflutartigen Regenfälle weg, und zahlreiche Menschen wurden unter Strömen von Schlamm, Schutt und in den Wasserfluten mitgeführten Autowracks begraben. Hauptursache dafür war die Vernachlässigung von Bebauungsplänen und Sicherheitsvorschriften in den Stadtteilen, die oberhalb von Bab el-Oued an den Anhöhen von Algier liegen; deswegen konnte sich eine reißende Flut bilden, die sich im tiefer liegenden Bab el-Oued ins Mittelmeer ergoss. Daneben konnte den Behörden Schlamerei vorgeworfen werden, weil diese den Katastrophenschutzplan viel zu spät ausgelöst hatten. Rund 800 Menschen starben, und 10.000 wurden obdachlos. In dieser Situation war bemerkenswert, dass – nach übereinstimmenden Aussagen – fast alle Betroffenen nach rationalen Erklärungen suchten und das Agieren der Behörden sowie der Bau- und Mafia ins Visier nahmen.

Dass die Erklärung der Katastrophe als «Strafe Gottes» so gut wie keine Anhänger fand, lag aber auch an der Regierung und ihrem billigen Versuch, sich darauf hinauszureden: Präsident Abdelaziz Boutefliqa

hatte in seiner ersten Erklärung geäußert, Gott sei für das Geschehen verantwortlich, und gegen «göttlichen Willen» seien die Menschen «nun einmal machtlos». Deswegen wurde er bei seinem Besuch in den Trümmergebieten in den folgenden Tagen schrecklich ausgepöfcht. Das bedeutet nicht, dass Islamisten nicht – indirekt – doch ein bisschen Nutzen daraus gezogen hätten, aber auf einer anderen Ebene: Manche Bewohner meinten im Nachhinein, ihr Stadtteil sei vom Regime deswegen «gestraft» worden, weil er 1991 mehrheitlich FIS wählte.

Andersartige Beobachtungen konnten nach dem Erdbeben vom 21. Mai 2003 im östlichen Umland von Algier mit Schwerpunkt in Boumerdès, das 2.200 Menschenleben kostete, angestellt werden. Zahlreichen Berichte von vor Ort bestätigen, dass die Katastrophe von vielen Menschen spontan als Ausdruck göttlichen Zorns interpretiert wurde. Sicherlich auch, weil ihnen von einflussreicher Seite keine rationale Erklärung angeboten wurden und die Behörden viel zu spät wirksame Katastrophenhilfe leisteten; Boutefliqa musste auch dieses Mal einen sehr unangenehmen Empfang erleben und wurde aus einem Vorort von Boumerdès, Zemmouri, mit Steinwürfen vertrieben⁶. Dabei war auch hier zumindest die Missachtung von Bauvorschriften flagrant, die dazu führte, dass, um Geld zu sparen, Häuser errichtet wurden, die beim Erdstoß sofort entzwei rissen. Die Angst vor weiterer «göttlicher Rache» führte dazu, dass viele Frauen, die bisher ihr Kopfhaar unverhüllt trugen, noch am selben Wochenende – das Erdbeben passierte an einem Donnerstagabend, also am Vorabend des wöchentlichen Gebets- und Ruhetags, dem europäischen Samstagabend entsprechend – den *Hijab* anlegten. Verschiedentlich war gegenüber jenen, die dem nicht folgten, zu hören: «Wegen Leuten wie Euch werden wir bestraft!» Diese Welle schwappte auch auf die Hauptstadt Algier über, die von der Erdbebenkatastrophe mit betroffen war. Religionsminister Bouabdellah Ghlamallah musste sogar damit drohen, solche Vorbeter in den Moscheen zu sanktionieren, «die sich für die Bestrafung von Frauen aussprechen, die das Tragen des Hijab verweigern, weil sie die Quelle des Unglücks der Katastrophopfer seien»⁷.

Manche algerische Zeitungen suchten die Ursache dafür teilweise darin, dass die Islamisten sehr aktiv in der Verteilung von Hilfsgütern und spontanen Hilfsdiensten gewesen seien. Doch diese Version wird von anderen Beobachtern in Frage gestellt oder allenfalls als Teil der Wahr-

heit angesehen, da keineswegs allein die Islamisten, sondern zahllose algerische Bürger aller Richtungen spontan nach Boumerdès eilten und die Hilfe organisierten. Daran allein kann es also demnach nicht liegen, dass das Bedürfnis nach auf «höheren Willen» gestützten Welterklärungen sich nach dem Erdbeben von 2003 derart ausbreitete.

Versuch einer (vorläufigen) Bewertung

Das Aktivieren religiöser Weltvorstellungen zum Zweck der Erklärung von Ereignissen, die natürliche und vor allem gesellschaftliche Ursachen haben, wird auf absehbare Zeit ein gesellschaftlicher Faktor in Algerien bleiben. Zumal die Hoffnung auf kollektive soziale und politische Lösungen für den Berg an Problemen, den es zu bewältigen gilt, schwach ausgeprägt ist.

Dennoch herrscht heute ein verbreitetes Misstrauen und Zögern gegenüber solchen Diskursen, die eine direkte Verbindung zwischen diesen religiösen Vorstellungen und politischem Handeln suggerieren – also in Gestalt der Vorstellung, unter Berufung auf göttlichen Willen lasse sich eine perfekte Gesellschaftsordnung errichten, notfalls mit der Waffe. Auf absehbare Zeit wird diese Form des politischen Totalitarismus kaum Chancen haben, erneut eine massenhafte, aktive Anhängerschaft mobilisieren zu können: Dafür sitzt das Misstrauen heute wahrscheinlich in weiten Kreisen zu tief – es sei denn, dass dramatische Ereignisse oder eine drastische Verschlimmerung der sozialen Lage breiter Bevölkerungskreise hin zu einer neuen unmittelbaren Politisierung der religiös unterlegten Welterklärungen und Hoffnungen drängen.

Gleichzeitig bleibt die Abwesenheit einer anderen anziehungskräftigen gesellschaftlichen Alternative, progressiver Natur, der wichtigste Verbündete des politischen Islam. Eine solche gesellschaftliche Bewegung ist heute als die Menschen aufrüttelnder oder organisierender Faktor nicht in Sicht. Und doch herrscht keineswegs soziale Friedhofsruhe in Algerien; es gibt zahlreiche Revolten und Bewegungen, in denen sich das Interesse der Marginalisierten und Rechtlosen spontan ausdrückt. Die Islamisten müssen ein solches Aufbegehren für konkrete soziale Interessen ebenso fürchten wie das vorhandene Regime, zeigt es doch, dass diese gesellschaftlichen Ursachen haben und gesellschaftlich gelöst werden können.

Anmerkungen

- 1 Vgl. *Algérie, Présidentielle: cacophonie au FIS*, in: *Jeune Afrique intelligent*, 28. 03. 2004.
- 2 Zu der Entführung bekennt sich eine Gruppe unter dem Namen *Djeïch el-islami fi-l Iraq* (Islamische Armee im Iraq). Nachdem die beiden Journalisten und ihr Fahrer am 20. August 2004 im Umland von Baghdad verschwunden waren, stellt die Gruppierung am 28. August 04 ihre erste Forderung an die französische Regierung: Diese solle das Gesetz zum Kopftuchverbot für moslemische Schülerinnen an öffentlichen Schulen, das im März desselben Jahres verabschiedet worden war, abschaffen. In den nächsten Wochen folgen eine Reihe widersprüchlicher Bekenner- und Forderungsschreiben nach, deren Authentizität und Ernsthaftigkeit ausnahmslos umstritten bleibt.
- 3 Vgl. dazu näher: *La visite de M. Bechari à M. Madani sème la zizanie dans l'islam de France*, in: *Le Monde* vom 16. 09. 2004.
- 4 Vgl. *La Tribune* vom 10. 09. 2003 und *Le Matin* vom 11. 09. 2003.
- 5 Hinzu kommt noch, dass sich unter den von Kollektivmassakern betroffenen Bevölkerungsgruppen oft auch einzelne Familien von Unterstützern der bewaffneten Gruppen finden, die diesen bis zuletzt materielle Hilfe leisteten und deswegen verschont blieben. Oft wurden diese Überlebenden, die als Massakeropfer präsentiert werden konnten, propagandistisch aktiv. Mutmaßlich von ihnen stammen die schnell umlaufenden Gerüchte, wonach die Killer mit Fallschirmen von Flugzeugen oder Helikoptern abgeworfen worden seien – was rasch als Beleg dafür angeführt wurde, dass doch die Armee hinter den Massakern stecke, da die GIA ohne Zweifel nicht über Flugzeuge und Hubschrauber verfügen. Vgl. eine entsprechende Kritik einer Überlebenden des Massakers von Bentalha an den Gerüchten, die von einer anderen Überlebenden in die Welt gesetzt wurden, unter <http://assoc.wanadoo.fr/mds-immigration/doc%20gle/bentalha/T%E9moignage%20d'une%20rescap%E9e.htm>
- 6 Vgl. *Le Matin* (26. 05. 2003): *Les sinistrés après la visite du chef de l'Etat à Boumerdès: «Monsieur Bouteflika, ne venez plus jamais!»*
- 7 Vgl. *Climat d'intolérance dans la capitale. Les femmes rendues responsables du séisme* sowie *Le ministre des affaires religieuses avertit*, in: *Le Matin* vom 02. 06. 2003.